

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. Mai 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 58

Die nächste Nummer (59) erscheint Donnerstag, 27. Mai. Annahmefluß für Bekanntmachungen, Inserate usw. Dienstag, den 25. Mai, früh.

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Wirket: Pfingstgedanken!** — Das Jahr 1914 für unsern Verband, II. (Schluß). — Volksernährung und Lebensmittelpreise (Fortsetzung).

**Aus dem Genossenschaftsleben:** Die Bauerngenossenschaften.

**Korrespondenzen:** Eberfeld. — Weiel.

**Rundschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Gehilfen- und Meisterprüfungen. — Beschränkung der Pfändungsgrenze. — Feuerungszulagen für Bergleute. — Erzwungene Kinderlosigkeit und Lohnbrücherei im Gärtnereiwesen. — Die Nachteile des Borgens. — Rentabilitätskalkül der Aktiengesellschaften. — Geschäftsabstufung der deutschen Banken. — Einfluß des Kriegs auf die holländischen Gewerkschaften. — Kinoverfilmung in Norwegen.

### □ □ □ □ Pfingstgedanken! □ □ □ □

Pfingsten, das Fest der Freude, ist nun da. Im Frühlingskleide prangt jetzt die Natur und verlüftet atmet jung und alt die lauen Lenzesdüfte. Herz und Gemüt heitern sich auf. Daheim rüftet man wohl, die Häuser nach altem Brauche mit Birkengrün zu schmücken, um Pfingsten zu begehen.

Allerdings, ein jeder nach seiner Art! Die einen feiern Pfingsten vor den Erträgen, welche Wucherpreise mit des Volkes notwendigsten Lebensbedürfnissen ihnen zu Füßen legten. Zehn Monate Kriegsdauer machte viele von ihnen zum Krübler. Die können die Freuden des Pfingstfestes in vollen Zügen genießen — im Gegenfalle zu den Albertsaubenden, die mit eiserner Energie und unter Zurücksetzung aller persönlicher Gemüts durchzuhalten suchen.

Dumpp lagert die Wolke der Trauer über Deutschland! Wohl kaum ein Haus, wo nicht irgendeine traurige Nachricht vom Schlachtfeld eintraf. An den Grenzen im Osten und Westen sowie auf hoher See hält der Tod reiche Ernte; unerbittlich mäht er alles nieder. Doch allen zum Troste stehen unsre Felder im Westen als festgestigter Wall von Blut und Eisen. Nicht ohne tiefinnere Erregung spricht man vom Grauen der Karpaten, von den Schrecken des See- und Luftkriegs.

Pfingsten in den Schützengräben oder im Bewegungskampf auf Frankreichs und Belgiens Fluren — Pfingsten an der sich immer weiter ausdehnenden Front im Osten — Pfingsten in den armenigen Tälern und den zerklüfteten, rauhen Höhen der Karpaten — Pfingsten nun auch im Kampfe mit Italien, das geradezu frevelhaft sich in diesen Krieg aller Kriege stürzt! Wer könnte sie ermessen, die Gedanken unsrer Feldgrauen zur feierlich-ernsten Stunde? Pfingsten auf den Schlachtfeldern Europas, was bleibt da übrig von der Lehre des Zimmermannssohnes von Nazareth?

Dumppgroßender Donner der Geschütze läutet das diesjährige „siebliche Fest der Maian“ ein. Tod und Vernichtung, Ströme warmen Blutes und rauchende Trümmer werden die Stätten kennzeichnen, auf welchen die Kriegswut ihre unheimliche Pfingstarbeit verrichtet. Und daheim? Neben dem lichten Gewande wird das Ehrfurcht heischende, schwarze Trauerkleid in noch größerer Zahl anzutreffen sein, ernst machend an geliebene, stumme Helden . . .

Ein Volk, bis in die innersten, unergründlichen Tiefen seines Wesens aufgewühlt, um Aukunftswerfe von unendlichen Dimensionen kämpfend, schickt sich an, das Pfingsten des Weltkriegs zu begehen, eingedenk derer, die stumm und vielbeweint in fremder

Erde ruhen; eingedenk derer, die draußen mit Löwenmut, zäher Energie und unerschütterlichem Siegesvertrauen für den Aufbau einer neuen Zeit bis zum letzten Atemzuge kämpfen. Mit seltenem Griffe gräbt die Gegenwart die Zeitergebnisse in die Tafeln der Geschichte ein. Wenn spätere Generationen in den Annalen des 20. Jahrhunderts blättern, dann wird ihr Blick haften bleiben auf einer Stelle, die den tiefen, bitteren Ernst einer großen, gewaltigen Zeit verkörpert: Pfingsten auf den Schlachtfeldern Europas!

Ein Landkurmuntersoffizier  
aus Wittenberg.

### Das Jahr 1914 für unsern Verband

#### II.

Keine Gewerkschaft muß schon zum drittenmal erfahren, was ein Krieg des eignen Landes für die eignen Angelegenheiten zu besagen hat. Wenige Monate nach der Gründung unrer Organisation (20. Mai vor 49 Jahren) brach der Krieg von 1866 aus. Der Verband konnte deshalb erst mit 1867 wirklich in Tätigkeit treten. Die Ereignisse von 1870/71, ein Kinderpiel gegen den nach zehn Monaten immer noch weiter greifenden Weltbrand der blutgezeichneten Gegenwart, brachten den Verband in seinem Mitgliederbestand etwas zurück (Ende Juni 1871: 6227), seine finanziellen Mittel erfuhren Verringerung auf 8522 Mk., von nennenswerter Arbeitslosigkeit aber war während des Deutsch-Französischen Kriegs nichts zu hören. Die Zeitungen dominierten damals; sie hatten keine schlechten Tage. Die größte Ähnlichkeit mit den Erscheinungen unrer Zeit bietet die Opferwilligkeit in den Mitgliedschaften gegenüber den Familien und Hinterbliebenen der militärpflichtigen Kollegen. Der Verband selbst erklärte auch damals die statutarischen Rechte und Pflichten für den Kriegsfall als ausgeschlossen. Natürlich muß bei allen Vergleichen mit dem, was vor 44/45 Jahren sich in der Organisation der Buchdrucker abspielte, ein anderer Maßstab zugrunde gelegt werden.

Der Weltkrieg 1914/15 dagegen setzte schon mit einer Wucht ein, die vielfach zur Fallungslosigkeit führte. Der Verband hatte mit 70452 Mitgliedern und 11327230,96 Mk. Vermögen zu Ende des zweiten Vierteljahrs 1914 seinen höchsten Stand erreicht. Nun mußten die Verhältnisse wieder zurückzuführen. Den ersten Kriegsmonat hindurch wurden alle Unterführungen in voller Höhe gezahlt. Die Gauvorsteherkonferenz in der letzten Augustwoche sah sich jedoch zu besonderen Maßnahmen genötigt, um für alle Fälle vorzuzorgen. Der für Vollbeschäftigte beschlossene Extrabeitrag von 50 Pf. (jetzt 30) hat aber keine Wunder auslösen können, wie manchmal angenommen wird. Denn in den nächstfolgenden Monaten war die Arbeitslosenziffer sehr hoch, und dann führten die umfangreichen Einberufungen zu einer recht empfindlichen Verringerung der Zahl steuernder Mitglieder. Die bei der Krankunterstützung eintretenden Veränderungen hatten mehr indirekte Wirkung (inwieweit ist die Karenz wieder auf 150 Beiträge ermäßigt). Die eingetretene Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und der Gauzuschüsse um je 25 Pf. täglich fand in der für das Aussehen; das auf der August-Gauvorsteherkonferenz die meisten Schwierigkeiten bereite,

angestandenen Unterführung einen Ausgleich. Sonst blieb ja alles beim alten. Ein Faktum, das selbst in Gewerkschaften mit wenig oder weit geringerer Arbeitslosigkeit nicht oft zu finden sein wird.

Der Vorstandsbericht setzt sich mit den an Zahl ganz unbedeutenden, in ihrer Unüberzeugbarkeit aber sich auffällig zeigenden Mitgliedern auseinander. Es wird ihnen vor Augen geführt, daß es eine Zeit in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gab, wo sogar der wichtigste Unterführungszweig, das Durchhalten der Arbeitslosen, um Lohnbrüchereien zu verhüten, als Sache des Staates erklärt (und die Buchdrucker wegen ihres gegenseitigen Standpunktes mit bestiger Fehde überzogen) wurde. Jetzt falle es etwelchen Mitgliedern ein, dem Staat alles zu nehmen und der Gewerkschaft alles aufhalten zu wollen, auch die Unterführung der Familienangehörigen und die Gewährung von Sterbegeld an die Hinterbliebenen gefallener Kollegen. Warm wird anerkannt, was die Gaue, Bezirke, Mitgliedschaften für die Unterführung der Kriegerfamilien und an Extraleistungen für Arbeitslose getan, daß die Personale mit Viebesgaben für die aus ihrer Mitte eingezogenen Kollegen sich angestrengt haben, obwohl vielfach die Verdienstmöglichkeit geschmälert gewesen sei; tief empfunden wird der schon stark in das zweite Tausend gehenden Zahl der Kriegsofiser aus den Reihen des Verbandes gedacht — aber klar wird auch dargelegt, daß für die Organisation das Gebot besteht, über die Zeit des Kriegs hinauszusehen. Unser Gewerbe wird durch das Eingeben vieler Sonderer von Zeitungen und Zeitschriften infolge der kriegerischen Ereignisse auf Jahre in Mitleidenschaft gezogen, und die Nachwirkungen des Kriegs dürften bei den heimkehrenden Mitgliedern in gesundheitlicher Beziehung derartige sein, daß die Verbandskasse noch auf lange Zeit daran zu tragen haben wird. Außerdem werde die Zahl der Invaliden wachsen, denn alte Kollegen, die ihre viele Jahre innegehabten Stellungen durch die große Arbeitslosigkeit verloren, könnten nicht so leicht ein neues Arbeitsverhältnis finden, würden also auf den Invalidenstand übergehen müssen. Dem Verbandsrat kann die Erfüllung seiner wichtigsten gewerkschaftlichen Aufgaben nach dem Krieg Anforderungen bringen, von denen zur Zeit eine richtige Vorstellung noch nicht möglich ist. Hinzufügen wollen wir noch, daß die abermalige Ausdehnung des Kriegs auch keine Verlängerung bedeutet, und daß dieser Umstand noch Erscheinungen zeitigen kann, die für die Gewerkschaften wie für unsern Verband die Lage nicht verbessern. Die Beschlüsse der vorjährigen Gauvorsteherkonferenz erteilte ihre Berechtigung also immer mehr. Ausgeschöppte Kassen sind nicht imstande, die riesenhaften Schwierigkeiten eines beispiellosen Kriegs zu überwinden.

Betrachten wir uns nun die Kassengebarung unsres Verbandes im Berichtsjahr einzeln. Mitgliederstand Ende 1913: 68915, Ende 1914: 48145 (— 20770). Einnahmen an ordentlichen Beiträgen 1913: 3892003,50 Mk., 1914: 3249734,70 Mk. (— 642268,80). Extrasteuer im dritten und vierten Quartal 1914: 255220 Mk. Sineinnahme 1913: 398864,22 Mk., 1914: 460794,49 Mk. (+ 61930,27). Gesamteinnahme 1913: 4293047,12 Mark, 1914: 3967334,19 Mk. (— 325702,93). Ausgaben an Arbeitslosenunterführung 1913: 1255996,50 Mk., 1914: 2723731,75 Mk. (+ 1467735,25). Reiseunterführung 1913: 257831,10 Mark, 1914: 169404,25 Mark

(— 88 426,85 Mk.). Gemahregelgenunterstützung 1913: 5574,25 Mk., 1914: 2422,25 Mk. (— 3152), Umzugsbeihilfe 1913: 45 346 Mk., (— 1914: 32 693 Mk. (— 12 653). Außerordentliche Unterstützungen 1913: 1201 Mk., 1914: 10 990,50 Mk. (+ 9789,50). Die Versicherung im Vorstandsberichte, die Verbandsleitung habe in besonderer, durch den Krieg geschaffenen Notfällen helfend eingegriffen, findet damit ihre Bestätigung. Krankenunterstützung 1913: 960 425,99 Mark, 1914: 885 013,08 Mk. (— 75 412,91). Invalidenunterstützung 1913: 381 886,50 Mark, 1914: 444 824,25 Mk. (+ 62 937,75). Der Invalidenstand erhöhte sich von 987 auf 1081; gestorben sind 88, außer Bezug traten 24, hinzu kamen 206. (Bei der Zentralinvalidenkasse verringerte sich die Zahl der Bezugsberechtigten von 54 auf 43, der Vermögensbestand von 340 808,88 auf 329 390,68 Mk.) Begräbniskosten 1913: 88 745,20 Mk., 1914: 103 988,11 Mk. (+ 15 242,91). Rechtschutz 1913: 407,80 Mk., 1914: 461,77 Mk. (+ 53,97). Von den neun Unterstützungs zweigen erforderten also fünf mehr und vier weniger Ausgaben. Insgesamt wurden an Unterstützungen im Jahre 1913 ausgezahlt 2 997 414,94 Mk., 1914 dagegen 4 373 528,96 Mk., das ergibt ein Mehr von 1 376 114,02 Mk. Da die Arbeitslosenunterstützung allein 1 467 735,25 Mk. mehr erforderte, so haben die Ersparnisse in anderen Unterstützungsweigen einen Ausgleich bringen müssen. Aber auch in den Verwaltungsausgaben ist erübrigt worden, so erforderte die Hauptverwaltung 1914 nur 41 198,09 Mark (— 23 871,36) und die Rückvergütung an die Gaue belief sich auf nur 164 142,48 Mk. (— 32 042,78). Das Verbandsvermögen ging gegen den Abschluß für 1913 „nur“ um 740 927,72 Mk. zurück, es war bis Ende 1914 auf 9 171 84,03 Mk. herabgesunken. Sieht man jedoch den Vermögensbestand am Schluß des zweiten Quartals 1914 in Betracht, so ergibt sich eine tatsächliche Verringerung um 1 410 156,03 Mk. infolge des Kriegs. Das große Kriegsjahr untrer Organisation (1891/92) bleibt mit seinen Rückwirkungen auf die Verbandskasse weit zurück hinter dem, was der Weltkrieg 1914/15 an Lasten uns auferlegt hat.

Das Verbandsorgan macht bereits den vierten Krieg durch (1864, 1866, 1870/71). Bis zum Jahres schluß hatte sich die Auflage schon um 16 900 verringert, sie betrug nur noch 33 000. (Zwischen ist der Rückgang erklärlicherweise noch größer geworden.) Die Abonnementsgebühren stehen mit 87 371,19 Mk. (— 6021,13) zu Buch, die Inserate mit 8242,30 Mk. (— 2656,86), das Papier mit 29 957,95 Mk. (— 7735,85), der Druck mit 74 055,05 Mk. (— 17 327,25). Der Zuschuß für 1914 beträgt 26 039,68 Mk., also eine Verminderung um 15 872,38 Mk.

Einen Blickpunkt im Vorstandsberichte bildet der Rückblick auf die buchgewerbliche Weltausstellung in Leipzig, auf der unser Verband, auch dank der Unterstützung der Zentrale der typographischen Vereinigungen sowie der Sparten der Maschinenmeister und Korrekturen, mit seiner Spezialausstellung sehr gut abschnitt. Die einesseits „einen glänzenden Beweis erbrachte über die innerhalb der Organisation gepflegten und geförderten Fortbildungsbefrebungen“, andererseits habe „der Verband durch die Darstellung seines Wirkens sich die Beachtung als bedeutungsvoller gewerblicher und sozialer Faktor erworben“. Die Auszeichnung mit dem höchsten Preis ist sicher ein Beweis dafür. Unser Verbandsmonument, das so augenfällig die Stärke und Bedeutung der Organisation versinnbildlicht, bleibt erhalten. Eine öffentliche Ausstellung ließ sich freilich bei allem sonstigen Entgegenkommen der Stadt Leipzig nicht ermöglichen. Das Material (Kunststein) untrer Monuments vermag nicht Bedingungen zu entsprechen, wie sie für öffentliche Denkmäler gelten. Das konnte bei seiner Schaffung ja auch nicht in Betracht gezogen werden. Im Garten des Leipziger Volkshauses, dem Zentralpunkte der Leipziger Arbeiterschaft, hat es nun einen hübschen Platz gefunden und wird dort eine dauernde Mahnung bilden, jenem Herkules gleich die Organisationen der Arbeiter stark und groß zu machen, wozu die gewerkschaftlichen Tugenden Einigkeit, Solidarität und Disziplin als die erprobtesten Mittel dienen.

Der nächste Jahresbericht wird ein seltenes, in Deutschland bis jetzt einziges gewerkschaftliches Subi-

äum, das 50jährige Bestehen untrer Verbandes, zum Mittelpunkt haben. Hoffen wir, daß dann die schwere Zeit dieses ungeheuren Kriegs vorüber ist, und trotz aller Bedrängnisse, die noch zu überstehen sind, über das 50. Lebens- und Wirkungsjahr untrer Organisation Besseres berichtet werden kann.

## Volksernährung und Lebensmittel- preise

(Vorfesung statt Schluß.)

Von einer Frage der Fleischversorgung ist eigentlich nicht zu reden. Wir können aber an den Aufschwung der deutschen Viehzucht nur mit geteilter Freude denken. Trotz des unfruchtig durch den Heeresbedarf gestiegenen Verbrauchs, der durch die Rückkehr Hunderttausender von Deutschen aus dem Ausland und die Million — wenn nicht mehr — von Gefangenen noch größer wird, sind wir mit allen Sorten Vieh im allgemeinen gut versehen, an Vorkreitern ist Deutschland einfach schweine reich. Trotzdem aber Preise wie noch nie. Der Reichtum wird auch hier zum Verhängnis. Die zu vielen Schweine fressen den Menschen die Kartoffeln weg, das Hauptnahrungsmittel der breiten Volksmasse. Die geforderten Massenabschlachtungen sind nicht in dem Maße vorgenommen worden, wie es gefordert und auch von der Regierung erwartet, zum Teil angeordnet wurde. Die den Gemeinden empfohlene Anlegung von Fleischdauervereinen hat die Schweinepreise nicht nur noch weiter gesteigert, sie schnellsten direkt in die Höhe.

Den Produzenten und dem Zwischenhandel muß eben alles zu ihrem Besten dienen, selbst die Sicherung der Volksernährung in schwerer Zeit gerichtete Maßnahmen der Regierung. So ist es im großen wie im kleinen. Ein Beispiel letzterer Art aus jüngster Zeit: In der „Täglichen Rundschau“ machte ein Mann mit dem Doktorittel seinem Kragen Luft, daß in den Schlächterhöfen der westlichen Stadtteile von Berlin jetzt für Schweinefleisch 1,80, für Schweinehälften 2—2,20 und für Kalbshälften gar 2,80 Mk. das Pfund verlangt werden mit der wunderbaren Begründung: „Das macht die Spargelzeit“. Der mit Recht über eine solche Preissteigerung entrüstete Kritiker schreibt aus besseren Kreisen meint, da könnte man ja erleben, daß das Hammelfleisch nun auch bald Preisprünge macht, denn der Einwand: „Hammelfleisch und grüne Bohnen sind doch ein schönes Gericht“, sei ebenso „schallos“. Die „Konjunktur“ macht's halt: einmal hohe Viehpreise, und wenn dann keine Veränderung eingetreten, die seit dem billigen Spargels. Solche reizende Erfahrungen kann man selbstverständlich nicht nur im Westen Berlins und nicht bloß in der Reichshauptstadt machen, sondern diese Geschäftslichkeit zeigt sich allenthalben. Es treten lebhaft die kraßesten Fälle in die Erscheinung.

Eine so bedenklliche Seite auch die Höchstpreise haben, wenn es gelangt — und dies darf in solch ernster Zeit keine Unmöglichkeit sein — sie so festzusetzen, daß nicht durch sie ein Anreiz zur Preissteigerung gegeben wird, dann sollte damit auch für die meisten Lebensbedürfnisse im Kleinhandel vorgegangen werden. So kann es nicht weitergehen. Was beim Lebensmittelkonsum im allgemeinen und seit dem Krieg im besonderen die Berufung in sich führt, auf die Menschheit loszugehen, macht ein Einschreiten zur Notwendigkeit. Die Kommunalverbände würden durch die Verpflichtung zur Festsetzung von Höchstpreisen im Kleinhandel in ihren gewiß reichlich aufgepackten Kassen nicht erdrückt werden, denn aus deren Rückwirkungen würde sich doch manche Entlastung ergeben. Die Militärbehörden, die sich mit ihrer Diktatur in wirtschaftlichen Fragen im allgemeinen gut bewährt haben, könnten hier als Aufsicht- oder Bescheidensinstanz dienen.

Schade, daß die Genossenschaften in dieser Prüfungszeit für ein 70-Millionen-Volk sich nicht schon auf einer höheren Entwicklungsstufe befinden! Allerdings, manche Enttäuschung muß man auch hier erleben. Selbst von überzeugtesten Genossenschaftsmittgliedern ist weniger als sonst Befriedigung zu vernehmen. Die ganz ungewöhnlichen Verhältnisse stellen eben gar zu hohe und viele Anforderungen. Daraus kann man sich aber eine, wenn auch nur schwache Vorstellung machen, vor welcher ungeheuren Aufgaben allein die Frage der Volksernährung die Reichsregierung samt Bundesrat stellt. Daß sie trotzdem hätte besser selbst werden können, daß die errichteten Institutionen allgemeinnütziger, namentlich zu Anfang hätten funktionieren müssen, und daß weniger Rücksicht auf einzelne Erwerbsstände mehr Rücksicht auf die Gesamtheit bedeutet haben würde, darüber kann man aus dem Bericht über die Tagung des Ernteausschusses für Konsumanteninteressen vom 16. Mai manchen Anhaltspunkt herausfinden. Diese Organisation von sieben Millionen Verbrauchern, an der auch die Gewerkschaften beteiligt sind, hat sich gute Ziele gesetzt, muß aber mit vielerlei Schwierigkeiten und Widerständen rechnen und kann deshalb nicht von vornherein bestehende Erfolge aufweisen. Ihre Existenzberechtigung ist aber erbracht, und an den einstimmig angenommenen Richt-

punkten für die deutsche Ernährungspolitik im neuen Erntejahre, die nach seiner Weise der kurz zuvor tagende Landwirtschaftsrat ebenfalls aufgestellt hat, ist die Notwendigkeit planmäßiger Wahrnehmung der Konsumanteninteressen erwiesen. Beschlagnahme, Entgeltnungs- und Sicherungsbezugnisse für alle Massennahrungsmittel stehen darunter an erster Stelle. Aus den gemachten Erfahrungen müssen für die zweite Ernteperiode die notwendigen Lehren gezogen werden. Das kann nicht ohne Vorhaltungen und ohne Kritik abgehen, denn sonst würde ja das „Bessermachen beim nächsten Male“ nicht gefördert werden können. Auf Konsumantenseite herrscht aber Übereinstimmung, daß es anders und besser gehen kann, und das nicht nur in bezug der direkten Ernterträge. Der „Kriegssozialismus“ muß seine Schreckhaftigkeit dort verlieren, wo bisher die Erkenntnis sich noch nicht durchdringen vermochte, daß das Interesse des gesamten Volkes über alles geht. Die besonderen Erwerbsinteressen haben sich dem Gesamtwohl unterzuordnen.

In einer weiteren Sitzung der Budgetkommission des Reichstags haben die Redner der Freilinnigen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung manches treffende Wort gesprochen. Abgeordneter Fischbeck bezeichnete die Höchstpreise für Frühkartoffeln von 10 Mk. als viel zu hoch. Höchstpreise seien in der Regel Mindestpreise geworden. Bezeichnend war die Auerung Fischbecks, die Spottbesenchieber Berlins hätten sich auf den Kartoffelhandel geworfen, verlangten nun Wucherpreise und schädigten dadurch auch den wirklich realen Handel. Hypothekentitel als Kartoffelgroßhändler, das sagt freilich alles. Wenn der Abgeordnete Behrens, der seit vielen Jahren den agrarischen Interessen sich recht dienlich erwiesen hat, jetzt den Landwirten zum Vorwurfe machte, sie trieben die Preise hoch, dann müssen dazu schon die schwerwiegendsten Gründe vorliegen. Ein konservativer Redner bestritt übrigens, daß die Landwirte besondere Vorteile erzielt hätten, eine normale Karte werde alle Schwierigkeiten beseitigen. Da Deutschland im vergangenen Jahre doch eine gute Ernte gehabt hat, so ist die Voraussetzung eines normalen Ernteaufalles also noch keine Gewähr, daß es ohne „Schwierigkeiten“ geht; diese sind vielmehr unabhängig von dem Erntertragnisse, weshalb sie auch um so eher beseitigt werden können. Abgeordneter Wurm wandte sich deshalb mit Recht gegen eine Verstärkung des Einflusses der Landwirtschaft, wie er vom Landwirtschaftsrat gefordert wird, und führte den Nachweis, daß die großen Städte bei der Regelung der Ernährungsfragen nicht so berücksichtigt wurden, wie es nötig gewesen wäre. Auch Mollenhuth erklärte die Landwirte-Kürten bei der Verwertung der neuen Ernte nicht das Übergewicht haben, es müßte auch den Konsumanten eine Vertretung bei dieser Regelung gewährt werden. Als Wurm die Beibehaltung des Nachschabverbots auch nach dem Kriege forderte, weil es große Ersparnisse an Brot im Gefolge habe, nickte Staatssekretär Delbrück zustimmend. Das war eigentlich die vorbehaltslose Antwort der Regierung während dieser Beratungen, und Beachtung verdient dieser Vorgang schon deshalb, weil nach der jetzt gemachten Feststellung tatsächlich ausreichender Getreidevorräte bereits Stimmen laut werden, das Nachschabverbot — und damit die Nachruhe für Bäcker — wieder aufzuheben, sogar das „Berliner Tageblatt“ leh in einer redaktionellen Note diese Forderung laut werden.

Auch über die Fleischpreise — Fleischwucher sagte Abgeordneter Wurm treffender — fielen einige berechtigte Worte, sowohl in der Sitzung vom 15. wie in der vom 18. Mai. Fleisch wäre bereits zu einer Delikatess geworden — selbstverständlich für Minderbemittelte —, dem gegenwärtigen Zustande müßte durch behördliche Festsetzung billiger Preise abgeholfen und der Mißbestand sollte für die Volksernährung nutzbar gemacht werden. Dieses letztere Moment griff neben Wurm auch der Fortschrittler Fischbeck auf, der den Abschluß des Wildes in weitestem Umfange forderte. Hierin ist das Großherzogtum Hessen vorangegangen. Anderwärts hat man die bestehenden Vorschriften eher noch strenger in Anwendung gebracht. Das ist falsch. Rot- und Damwild richtet enormen Schaden an den Feldern an, was in einer Zeit wie der gegenwärtigen doppelt schwer wiegt. Die wilden Kaninchen werden zu einer Plage selbst für Schrebergärten und Laubengärten in den Großstädten. In die Pflanze mit diesen Schädlingen, dann wäre auch dem kleinen Manne geholfen. Es ist gewiß zu begrüßen, daß für die ärmere Bevölkerung der Städte Baugelände zum Kartoffel- und Gemüseanbau freigegeben wurde, und der hieron gemachte Gebrauch zeigt es deutlich, wie wohl daran getan ward. Aber das ist ja alles erst im Werden. Inzwischen muß jedoch etwas Sachkräftiges geschehen, um in dem wichtigsten Ernährungsprodukte, dem Fleische, zu gefünderen Zuständen zu gelangen. Mit wohlthätigen Ratschlägen, z. B. auch in der Wohntheit des Essens unzulernen und statt fünf oder gar sechs Maßgaben täglich einzunehmen, was Dr. P. Meißner unlängst im „Berliner Lokalanzeiger“ von der arbeitenden Klasse behauptete, sich auf drei zu beschränken, ist gar nichts anzufangen. Wer in der Arbeiterschaft lebt, hört es fagein fageaus, daß die hohen Lebensmittelpreise im Vereine mit den namentlich für schweres Arbeiten und für kinderreiche

Familien zu knappen Provisionen die „Gewohnheit“ des Essens zu einem leeren Gerichte machen. Was Weibner indes über die Galerien in begüterten Kreisen sagt, kann man gelten lassen; hier handelt es sich um Lasten, nicht um Phantasievorstellungen wie mit den fünf und sechs „Mahlzeiten“ der Arbeiter, und hier wird die Abgewöhnung auch nicht zu einem Kunststück. Eine humoristische Note brachte Freiherr v. Camp in die Debatte mit seiner Behauptung, an den feinen Fleischpreisen sei das Vorgehen der Sozialdemokraten und der Professoren schuld. Die richtiggebenden und die Ratgeberjostalken, die schon immer als Vorkämpfer für Interessengruppen gewisser Kreise herhalten mußten, sind doch gar schlechte Menschen, nun haben sie auch noch die unverständlich hohen Fleischpreise auf ihr Gewissen geladen. . . .! Vielleicht wird von anderer Seite herausgefunden, daß diese Weibner auch die sonstigen Preismanöver verschulden. Denn teuer ist ja alles geworden, ob Materialschwierigkeiten infolge des Krieges bestehen oder nicht; ja, es hat sich mehrfach gezeigt, daß die Preiserrhöhungen da am größten wurden, wo Erschwerungen des Bezugs von Rohstoffen am wenigsten in Betracht kommen. Die Verteuerung des Bieres ist z. B. bestimmt über das durch die Verhältnisse bedingte Maß hinausgeschritten. Die Brauereien haben in vielen Gegenden während der letzten Jahre sehr kräftig aufgehoben, im Verlaufe des Krieges begnügte man sich meistens nicht mit einmaliger Preiserrhöhung, sondern es wurde die Konjunktur zweimal oder vereinzelt noch öfter ausgenutzt. Da die Wirte zu über 90 Proz. vom Braukapital abhängig sind, ist an Widerstand gar nicht zu denken. Hier zeigt sich die Preisdikatur in Reinkultur. Aber als Argument hat man neben der unbefristeten Verteuerung der Hauptmaterialien auch hören können, die Produktion hätte nicht nur durch die Regierungsmassnahmen eingeschränkt werden müssen, sondern der Konsum sei auch beträchtlich herabgegangen. Das dies in einer solchen Zeit eine Selbstverständlichkeit ist, scheint gar nicht bedacht zu werden. Die Verbraucher jedoch dafür heranzuziehen, ist eine ganz neue Methode. Mit dem gleichen „Recht“ könnten auch andre Gewerbe kommen, die bei den Kriegslieferungen ausbleiben, und erklären: Unsere Betriebe sind durch den Krieg brachgelegt, wir haben fast nichts zu tun, ergo müssen die Auftraggeber höhere Preise bezahlen! Die Antwort darauf könnte man sich ausdenken. Hat man doch erlebt, daß aus gut beschäftigten Gewerben von dem am meisten geschädigten bei Auftragserteilungen „Kriegspreise“ verlangt wurden, d. h. billigere Berechnung als in normalen Zeiten. Die Buchdrucker z. B. haben da in den letzten Jahren eine Pflanzenerhöhung erfahren. Es ist eben nicht zu bestreiten, daß der Krieg hat eine Geschäftslähmung herbeigeführt, die allenfalls von ungelunden Verhältnissen geführt hat.

Nach der letzten Sitzung der Budgetkommission (18. Mai), in der auch an der Kriegsgeldbezugs-Gesellschaft Kritik geübt und Mitteilungen über Anstellungsverhältnisse in derselben wie über die Gehälter der Direktoren (je 4000 M. monatlich) gerade nicht zufriedenstellend aufgenommen wurden, ist die Hoffnung berechtigt, daß Änderungen Platz greifen. Ein freilich untrag, unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Gemeinden ermächtigt werden, über die Abgabe von ihnen beschafften Lebensmitteln und Verbrauchsgegenständen Anordnungen zu treffen, deren Abtretung strafrechtlich verfolgt wird, fand Annahme wie auch der von nationalliberaler Seite gestellte, daß für 1915 zum Zweck einer wohlfeilen Kartoffelversorgung der weniger bemittelten Bevölkerung eine ausreichende Menge Kartoffeln beschaffen ist, und daß, soweit hierzu eine Beschlagnahme notwendig ist, vorzugsweise landwirtschaftliche Betriebe mit über 10 Hektar Kartoffelfeld herangezogen werden sollen. Die Kartoffelfrage führte in dieser Sitzung zu unterschiedlichen Vorschlägen: Landwirte, Gemeinden und Verwaltungsbehörden bekamen Diverges zu hören. Diese gegenseitige Kritik wird nicht vergeblich gewesen sein, wie auch die Regierung daraus die Nutzenwendung ziehen dürfte, daß sie zu spät eingegriffen hat. Erklärte doch Graf Westphal, die Konserwativen hätten schon im September v. J. Höchstpreise für Mehl gefordert. Abgesehen von Wurm auch eine hübsche Gegenüberstellung gemacht, nämlich: Den Landwirten verbiete man die Abgabe gegen die Kriegsgeldbezugs-Gesellschaft nicht, den Konsumenten aber wäre die Abhaltung von Versammlungen gegen die Steuerung nicht gestattet worden.

Sehr bemerkenswert war, was Molkenbühr in der vorübergehenden Sitzung ausführte: Man könne nicht gleichzeitig den Konsumenten schützen und dem Produzenten höhere Preise sichern. Hohe Preise treffen gerade die Armen. Das Gesetz über Höchstpreise hätte einer Ergänzung durch ein Minimallohngesetz bedurft, so daß mit der Steigerung der Preise für die Nahrungsmittel auch die Löhne automatisch gestiegen wären. Das trifft allerdings den Nagel auf den Kopf und zeigt einen Weg aus dem Holz. Das Unternehmertum würde indes verlangen, daß ihm ein entsprechender Aufschlag auf seine Produkte vom Reiche gewährt werden müßte, um diese automatische Lohnsteigerung mit-

machen zu können. So unmöglich wäre das ja nicht, auch würde das einen allgemeinen Ausgleich für die Verteuerung eines (nicht geringfügigen) Teils von Bedarfsartikeln bedeuten, die die große Mehrheit des Volkes allein zu tragen hat. Es ließe das eben die Höchstpreise mit Höchstpreisen oder den Teufel mit Beelzebub austreiben. Ein probates Mittel, den Geschmack und den Appetit an Höchstpreisen zu verleiden, über dessen Umsetzung in die Praxis man zwar keine Unmöglichkeit, wohl aber erschwerungsgemäße Bedenken haben kann. Aber es war sehr gut, auf dieses Moment hinzuweisen, denn den der unzureichenden Preissteigerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse so gar Befristungen wird damit eine Perspektive eröffnet, wohnt die Fahrt geben muß. Das könnte immerhin dämpfend wirken.

Der Reichstag hat es inzwischen bei einer Sitzung bewenden lassen. In der Woche nach Pfingsten wird weiter verhandelt werden. Nach den guten Ansichten in der Budgetkommission ist die Hoffnung nicht so unberechtigt, daß die Forderung auf Herabsetzung der Höchstpreise für Lebensmittel — sofortige für Kartoffeln verlangt ein Zentrumsredner bereits in der Kommission — im Plenum mit zur Beratung kommen und einen Ausgang nehmen wird, wie er dem Wunsche von vielen Millionen entspricht. Aus der Haltung der Regierung in der Budgetkommission kann man schließen, daß die geschilderten Auswüchse von ihr nicht gebilligt werden. (Schluß folgt.)

## □ Aus dem Genossenschaftsleben □

### Die Baugenossenschaften.

Es ist schon des öfters an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß die Baugenossenschaften diejenige Art im Genossenschaftswesen verkörpern, welche den Konsumgenossenschaften in ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung am nächsten steht. Nämlich deshalb, weil sie ebenfalls vor allem den großen Massen der Bevölkerung wirtschaftlich und damit sozial dienen, wenn auch hinzu-zufügen ist, daß das Wesen der Baugenossenschaften so wenig wie das der Konsumgenossenschaften seine Wirksamkeit den mittleren und oberen Schichten der Bevölkerung verschließt. Diese Tatsache verpflichtet, immer wieder von neuem darauf hinzuweisen, daß der Gewerkschaftler kein volles Interesse in Genossenschaftsfragen auch den Baugenossenschaften zuwenden hat. Denn was das Leben, insbesondere das Familienleben, angenehm macht und verschönt, es in Hinblick des Lebensgenusses mit Einschluß der Voraussetzungen der Lebensqualität auch wirklich lebenswert macht, das ist eine gesunde, preisliche Wohn-ung, deren Kosten im richtigen Verhältnis zum Einkommens- oder Besitzverhältnis ihres Inhabers stehen. Ausdrücklich gesagt: Kosten, weil darunter der Mietpreis oder Mietwert sowohl im fremden wie im Eigen- wie im Baugenossenschaftsbaus zu verstehen ist.

Aber die bekannte Tatsache, daß die Mietpreise der Wohnungen im Verhältnis der Einkommen für die Arbeiter am höchsten stehen, braucht kein Nachweis geführt zu werden. Bildet doch diese Tatsache die Veranlassung, daß mit Hunderttausenden anderen auch Tausende unserer Buchdruckerkollegen den „Sag aufs Land“ mitmachen, welche die Arbeitskräfte in der großen Stadt haben und damit häufig genug auf die Mittagszeit in der Familie verzichten müssen, dafür aber wertvollere Stunden des Familien- und Naturebens gewinnen.

Das Baugenossenschaftswesen bietet zweifellos die einzige Möglichkeit größeren Stils, die Wohnungsfrage für die breite Masse der Bevölkerung in befriedigender Weise zu lösen. Im allgemeinen auf sich selbst gestellt, d. h. auf eine etwas größere Finanzkraft der einzelnen Genossenschaftler eingerichtet, als es bei den Konsumvereinen der Fall ist, bleibt doch der sozialwirtschaftlichen Tätigkeit von Gemeinde, Bundesstaat und Reich noch ein weites Feld offen. Die Erstellung von Häusern und Wohnquartieren mit dem kostspieligen Drum und Dran von Straßen, Gehwegen, Wasserleitung und Kanalisation erfordert eben ganz andre finanzielle Kräfte, als sie die breiten Massen im allgemeinen aufzubringen vermögen, die „von der Hand in den Mund leben“ müssen. Darum ist auch begreiflich, daß die Baugenossenschaftsbewegung noch lange nicht den Umfang und die wirtschaftliche Intensität erreicht hat, wie etwa die Konsumgenossenschaftliche, obgleich gesagt werden muß, daß die Bedeutung der ersteren der letzteren mindestens gleichkommt. Und wie schon bemerkt, sind es im wesentlichen die gleichen großen Bevölkerungsgruppen, um deren Wirtschafts- und Gesundheitsinteressen es sich handelt.

Daraus ergibt sich, daß die Wohnungsfrage im vollen Umfange von den Wohnungskonsumenten nicht allein gelöst werden kann, weil dieselbe vor allem ein finanzielles Problem ist, was von der genossenschaftlichen Warenversorgung nicht in gleichem Maße gelöst werden kann. Und so recht-ferlig es sich, wenn im Baugenossenschaftswesen neben der Initiative der interessierten Bevölkerungsgruppen die materielle Förderung durch das Staatsganze in seinen verschiedenen Formen — Gemeinde, Staat, Reich mit den dazu gehörigen Einrichtungen — als notwendige Ergänzung, ja Sicherung der Bewegung erscheint. Denn das Staatsganze hat ja auch den inneren Vorteil von der durch diese Art Wohnungshygiene geförderten Volksgesundheit, wofür der schwere Krieg das beste Einzelbeispiel bietet. Mit dieser Forderung ist es nun nicht immer zum besten bestellt gewesen, denn kaum ist Satz vor Kriegsausbruch wurde vom Reichsversicherungsamt den Versicherungs-

anstalten mittels Erlasses eine Erhöhung des Zinsfußes des Leihkapitals für Baugenossenschaften vorgeschrieben, welche nicht nur die unerwünschte Folge zeitigen mußte, den Baugenossenschaften das Leben sauer zu machen, sondern auch auf die Entstehung neuer Genossenschaften verlangsamend einzuwirken. Es ist nun einmal so, daß die Versicherungsanstalten, die einen gewissen finanziellen Akkumulationspunkt der reichsgesetzlichen Versicherung bilden, damit auch zum Reservoir geworden sind, aus dem die sozialwirtschaftlichen Selbsthilfebestrebungen der verzerrten Bevölkerungsgruppen teilweise finanziert werden müssen. Wer den Begriff der Wechselwirkung kennt, wird das ganz in der Ordnung finden, weil in der selbsten Herabgabe billiger Gelder von den Versicherungsanstalten des Reichs an die Baugenossenschaften und ähnliche genossenschaftliche Selbsthilfebestrebungen im wesentlichen doch nur ein Rückfluß geahnter und nicht verbrauchter staatlicher Versicherungsbeiträge zu sehen ist. Im besten oder guten Sinne des Wortes gilt hier, was sonst nur mit Bezug auf anrüchliche Transaktionen geprägt und angewendet wird: Non olet — Geld stinkt nicht. Es war deshalb die feinerzeitige „Anweilung“ des Reichsversicherungsamts in keiner Weise verständlich.

Der Krieg scheint nun auch hierin eine Wendung zum Besseren herbeigeführt zu haben, denn es ist bekannt geworden, daß manche Versicherungsanstalten, so z. B. die Versicherungsanstalt Württemberg, die kriegerisch-wirtschaftliche Unterstützung bzw. Förderung der Baugenossenschaften in geradezu vorbildlicher Weise aufgenommen haben. Einen äußeren Gradmesser für diese Tatsache bildet der durch die Tagespresse mitgeteilte Umstand, daß bei einer vom Verband württembergischer Baugenossenschaften im Verwaltungsgelände der Versicherungsanstalt abgehaltenen Vorstandssitzung der Präsident der Versicherungsanstalt selbst, Herr v. Silber, die Hilfsaktionen darlegte, die auf dem Gebiete der Wohnungslieferung im allgemeinen und der Baugenossenschaften im besonderen von der Versicherungsanstalt unternommen worden sind. Eine sehr verdienstliche Sache, die mit einem kleinen Auschnitt zeigt, wie das reichsgesetzliche Versicherungswesen fast automatisch abmildernd auf die Kriegsfolgen reagiert und dadurch an der Sicherung des Erfolgs teilnimmt.

Daß diese finanziellen Hilfsaktionen für Baugenossenschaften durch die Versicherungsanstalten sich als durchaus nötig erweisen, zeigt eine Mitteilung in den „Ergrüßten“, „Blättern für das Genossenschaftswesen“, wonach beim Ein-gange der Mieten in den Baugenossenschaften große Verluste zu erwarten sind und in einer erheblichen Zahl von Genossenschaften Mietsrückstellungen bewilligt und angefangene Bauten eingestellt werden müssen. Wenn trotzdem die Zahl der leerstehenden Genossenschaftswohnungen als nicht besonders hoch bezeichnet wird, so beweist das nur — die Abwesenheit des Ernährers im Felde. Immerhin zeigt auch diese Tatsache den Wert der genossenschaftlichen Wohnungs-konsumtion.

Haben aber die Baugenossenschaften während des Krieges mit gewissen Sorgen zu kämpfen gehabt, die denselben allerdings nichts von ihrer sozialwirtschaftlichen Bedeutung nehmen können, so waren ihrer nach dem Kriege schon neue, bedeutungsvolle Aufgaben. Der Verein für soziale Kolonisation hielt unlängst im Reichstagsgebäude zu Berlin eine starkbeluchte Versammlung ab, um die Notwendigkeit einer ausreichenden Fürsorge für die Kriegsinvaliden und die Zweckmäßigkeit einer Ansiedlung von Invaliden auf kleinen Landstellen zu besprechen. Aus den Erörterungen, die insbesondere auch darin von Interesse waren, wo der „Invalid als landwirtschaftlicher Arbeiter in den Bauernwirtschaften seines Ansiedlungs-ortes“ betrachtet ist, wovüber in diesem Zusammenhang aber von einem Urteil abgesehen werden muß, ist fest-zustellen, daß zur Besetzung der zweifellos existierenden Organisationschwierigkeiten die Baugenossenschaften beitragen könnten. Man meine, und zwar mit großem Recht, „die Baugenossenschaften könnten die Erbauung der nötigen Ansiedlerhäuser in die Hand nehmen, wobei sich die von den Baugenossenschaften gemachten Erfahrungen in vorteilhafter Weise verwerten lassen würden. Namentlich aber würde es möglich sein, durch entsprechende vertragliche Vereinbarungen zwischen den Baugenossenschaften und den Ansiedlern die Möglichkeit einer spekulativen Ausnutzung der Ansiedlerstellen auszuschließen.“ Die Baugenossenschaften erscheinen deshalb der einflussreichen Versammlung „in jeder Beziehung geeignet, als örtliche Instanzen für eine derartige Ansiedlung in Anspruch genommen zu werden.“ Diese neue Aufgabe erhebt ohne Zweifel die große sozialwirtschaftliche Bedeutung der Baugenossenschaften, ohne daß man auf Einzelheiten des Planes einzugehen und insbesondere diesen in allen Einzelheiten zu billigen braucht. Insbesondere wo er darauf hinzuweisen scheint, daß die Invaliden, soweit sie noch körperlich arbeitsfähig sind, als landwirtschaftliche Arbeiter auf Bauerngütern ihr Brot suchen sollten, was bei den noch nicht „ausgesprochenen“ innerpolitischen Verhältnissen vorläufig Bedenken rechtfertigt.

Daß diese neue Aufgabe bedeutungsvoller Art ist, läßt sich aus der Tatsache erkennen, daß die Invaliden, um die es sich handelt, in die Zahl von Hunderttausend gehen werden. Für eine solche Masse, zum Teil mit ihren Familienangehörigen, Wohnungen, Häuser unter den beschriebenen Voraussetzungen — Schutz vor spekulativer Ausnutzung — zu schaffen, das erfordert hingebende Organisationsarbeit in der Baugenossenschaftsbewegung, nicht aber auch Anerkennung, Förderung und Entwicklung. Der Krieg, der als Angehöriger eines mörderischen Vernichtungskrieges unsere Gedanken und Herzen martert, schafft auch Raum für positive Perspektiven, die allerdings und dreimal leider ein Beispiel der schweren Zeit der Not oder der Not der schweren Zeit sind. Doch weg mit dem Pessimismus!

Es versteht sich, daß mit diesem Einzelbeispiel nur eine Besonderheit gezeigt werden soll, der das Wesen der Baugenossenschaften ohne weiteres gerecht werden kann. Darin liegt die Bedeutung dieses Wesens. Und die gezielte Besonderheit wird dazu beitragen, das Wesen der Baugenossenschaften immer weiteren Kreisen verständlich zu machen. So verständlich, daß jeder aus der großen Bevölkerungsschicht, der auch wir Buchdrucker angehören, in seinem Teil zum Mitarbeiter in diesem andern Stück deutscher Bewegung werden muß. Zu den „alten“ Aufgaben, die uns Staatsbürgern des Deutschen Reichs auf dem Gebiete des politischen Lebens — im weitesten Sinne des Wortes — mit all seinen Sparten von Wirtschaftswesen geläufig sind, und von welchen neben der gewerkschaftlichen die konsumgenossenschaftliche Bewegung bisher unsere Interesse fesselte, kommt mit verstärkter Eindringlichkeit eine neue Aufgabe, die in der planmäßigen Förderung der baugenossenschaftlichen Organisation besteht.

Was zu bewirken war.

## ○○○○ Korrespondenzen ○○○○

**J. W. Elberfeld.** Die am 9. Mai abgehaltene Monatsversammlung war von 93 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der Kollegen Heinrich Berger und August Wilhelm, die auf dem Schlachtfelde der Ehre ihr Blut vergossen haben, in üblicher Weise. Unter Punkt 1: „Vereinsmitteilungen“, verlas Vorsitzender Heinrich Marschall die seit der letzten Versammlung eingelaufenen Feldpostbriefe und -karten von den im Felde stehenden Kollegen. Ferner gab er der Versammlung Kenntnis von einem Rundschreiben des Gauvorstandes und verlas weiter ein Schreiben des Gewerkschaftskartells, worin mitgeteilt wurde, daß die Unternehmer des graphischen Gewerbes die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zur Zeit ablehnen. Am 1. Mai waren von hier 252 Mitglieder zum Seeresdienst eingezogen. Den Vertrieb der „Typographischen Mitteilungen“ hat Kollege Drehhaus übernommen. Sodann wurden 14 Kollegen in den Verband aufgenommen. Der Vorsitzende hieß die Kollegen willkommen, ermahnte sie, auch wirklich tüchtige und eifrige Verbandsmitglieder zu werden, und empfahl den neuangelernten Kollegen, nichts zu veräumen, um ihr technisches Wissen zu bereichern. Ausgeschlossen wurden drei Mitglieder. Zum nächsten Punkte: „Festsetzung des Beitrags“, gab Kollege Marschall ein klares Bild über den Stand der Kasse und erklärte, daß es momentan unmöglich sei, den Beitrag heruntersetzen, wenn von Zeit zu Zeit den Kriegsgeltern eine kleine Unterstützung zuteil werden solle. Der Fonds, der jetzt noch in der Kasse vorhanden sei, müsse aus moralischer Pflicht für die Kollegen festgehalten werden, welche im Felde ständen, denn wenn diese wiederkehren, sei sicherlich mancher Kollege unter ihnen, der konditionslos würde, und da wäre wohl ein kleiner Zuschuß zur Unterstützung am Platze. Hierüber entspann sich eine längere Auseinandersetzung. Gegen vier Stimmen wurde schließlich ein Antrag angenommen, den Beitrag in derselben Höhe (2,10 Mk.) zu belassen. Zu Revisoren wurden darauf noch zwei Kollegen gewählt.

**h. Wefel.** Ihre erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 9. Mai in Emmerich statt. Anwesend waren 58 Mitglieder (über 50 Proz.). Auch waren drei ledigraue Kollegen erschienen. Das Andenken der im ersten Quartal 1915 gefallenen Kollegen Brochmann (Goch) und Gliburg (Klewe) wurde in üblicher Weise geehrt. Unter „Geschäftlichem“ brachte der Vorsitzende das Rundschreiben des Gauvorstandes betreffend die Buchdrucker der Mitglieder zur Kenntnis. Der Kassenbericht gab zu Einwendungen keine Veranlassung. Gemeinlich wurde, gegen die Restanten härter vorzugehen. Am Schlusse des ersten Quartals 1915 betrug die Mitgliederzahl noch 104, gegen 200 vor dem Kriege. Dem Kassenbericht wurde einstimmig Entlastung erteilt. Dann sprach Gauvorsteher Albrecht über: „Die Buchdruckerorganisationen der am Weltkrieg beteiligten Länder“. Er führte in klarer, übersichtlicher Weise mit Zahlenangaben den aufmerksam Zuhörenden die tatsächlichen und organisatorischen Verhältnisse der Buchdrucker aller dieser Staaten vor Augen. Er wies in seiner Rede nach, daß die deutsche Organisation, der Verband der Deutschen Buchdrucker, mit Erfolg jeden Vergleich mit andern Buchdruckerverbänden aufnehmen könne. Mit der Mahnung, immer fest zur Verbands Sache zu stehen, schloß Redner seine interessanten Ausführungen. Der allseitige Beifall bewies, daß der Vortrag gut angekommen hatte. Unter gleichzeitiger Bekanntheit des Ortes der nächsten Bezirksversammlung, der auf Wunsch der Bocholter Kollegen in Bocholt stattfinden, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Danach blieben die Kollegen noch kurze Zeit gemütlich beisammen, bis es Zeit wurde, den heimatischen Penaten zuzufeuern.

## Richtigstellung.

In dem in Nr. 56 enthaltenen Versammlungsbericht aus Würzburg befindet sich eine Unstimmigkeit, die den Anschein erwecken muß, als würde über das Mitgliedschaftsverhältnis aller von Militär beurlaubten oder entlassenen kranken bzw. dienstunfähigen Mitglieder erst nach 13 Wochen entschieden. Das trifft nicht zu; letztere Frist wird nur in den Fällen festgesetzt, wo eine Verbindung zur Ausübung der Tätigkeit im Gewerbe zu befürchten ist, während in leichteren Fällen ohne weiteres die Anerkennung der Mitgliedschaft erfolgt.

## ○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

**Von Buchdruckern im Kriege.** Für vorbildliche Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielten von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation das Eiserne Kreuz: Ernst Pöfner (Leipzig-Gaußsch), Ferdinand Vierdi (Hamburg), Felix Lange (Offenbach), Karl Schäfer (Wiesbaden), Wilhelm Gierich (Infanterie-Regiment Nr. 98) und Heinrich Kiefern (Eisenburg). Damit haben sich jetzt 576 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben. — „Im Schützengraben“ nennt sich die neueste Feldzeitung, die mit Nr. 1 am 16. Mai als Wochenausgabe einer Infanteriedivision auf dem westlichen Kriegsschauplatz das Licht der Welt erblickte. Die Geburtsstätte dieses Blattes befindet sich 15 km hinter der Front inmitten eines herrlichen Waldes. Gedruckt wird die Zeitung auf einer Siegelmaschine. Der Titel ist in Fraktur sehr sinnig und charakteristisch, während der Text in Antiqua französischer Art manche für die deutsche Sprache auffällige Schrägstriche aufweist. Trotzdem verraten sich wie durch die gleiche berufliche Umgebung ihrer Hersteller, wie dies bei allen andern Feldzeitungen in erfreulicher Weise zu konstatieren ist. Beschäftigt sind zur Zeit dabei drei Seher und ein Drucker, wovon uns dem Namen nach Kollege Alois Wiser (Hamburg) bekannt ist.

**Gebissen und Meißerprüfungen.** Bei den kürzlich im Herzogtum Braunschweig vorgenommenen Gebissenprüfungen für das graphische Gewerbe waren 25 Seher, 13 Drucker und 1 Galvanoplastiker beteiligt. Von den Sehern erhielten 16 die Note „Gut“ und 9 „Genügend“, von den Druckern 1 „Sehr gut“, 8 „Gut“ und 1 „Genügend“, der Galvanoplastiker „Gut“. — An der Gebissenprüfung in Darmstadt beteiligten sich 11 Seher und 2 Drucker. 5 Seher erhielten die Note „Im ganzen gut“, 3 „Sehr gut“ und 1 „Gut“, 2 „Niemlich gut bis Gut“; von den Druckern erhielt eine die Note „Sehr gut“ und der andre „Gut“. — Die Meißerprüfung bestanden die Kollegen Emil Wolf in Schwerin und Hans Böschel in Eichsfeld.

**Befchränkung der Pfändungsgrenze.** Der Bundesrat hat am 17. Mai eine Verordnung erlassen, wonach an Stelle der für die Pfändbarkeit bisher maßgebenden Summe von 1500 Mk. die Summe von 2000 Mk. tritt. Dies hat ohne weiteres zur Folge, daß in gleicher Weise die Aufrechnung sowie die Abtretung und Pfändung solcher Ansprüche beschränkt ist. Damit ist in gewissem Sinn eine Reform des Lohnbeschlagnahmrechtes eingetreten, wie sie von den Vertretern der Arbeiterklasse schon seit langem gefordert wurde, da die bisherige 1500-Mk.-Grenze bei der anhaltenden und immer schlimmer werdenden Teuerung in keiner Weise den tatsächlichen Bedürfnissen entsprach. Erfreulich ist an dieser Verordnung ferner, daß für eine rüch wirkende Kraft beigelegt ist: „Indem eine vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung vorgenommene Zwangsvollstreckung, Aufrechnung, Abtretung oder Pfändung hinsichtlich später fällig werdender Bezüge ihre Wirksamkeit verliert, soweit sie bei Anwendung der Verordnung unzulässig sein würde.“

**Teuerungszulagen für Bergleute.** In erfreulichem Gegenlage zu dem ablehnenden Verhalten der Kohlenmagnaten im Westen hat eine Anzahl Kohlengrubenbesitzer im Zwickauer und Olsnit-Lugauer Kohlenrevier den Bergleuten eine Teuerungszulage von 20 bis 30 Pf. täglich bewilligt.

**Erzwungene Kinderlosigkeit und Spindruckerie im Gärtnerberufe.** Wie wir der „Sozialen Praxis“ entnehmen, haben kürzlich in einer öffentlichen Versammlung in Berlin der Allgemeine deutsche Gärtnerverein, der Verband deutscher Privatgärtner sowie der Deutsche (nationale) Gärtnerverband sich in zwei Entschlüssen gegen ganz besonders drässige Mißstände im Gärtnerberufe gewandt, und zwar gegen geradezu unerhörte Lohnbrückerie von begüterten Landhausbesitzern sowie gegen die ausschließliche Anstellung lediger Männer oder kinderloser Ehepaare als Privatgärtner. Es wurde mit Recht als dringend geboten bezeichnet, besonders die Geburten beschränkenden Arbeitsbedingungen auch vom allgemeinen sozialen und besonders vom vaterländischen Gesichtspunkt aus zu behandeln. Eine bespernde Änderung würde un- so leichter möglich sein, als es sich durchweg um Gartenbesitzer in besserer Vermögenslage handelt, die ihren Gärtner solche mittelalterliche Beschränkungen auferlegen. Die Vorsitzenden der drei genannten Gärtnerorganisationen sollen in Zukunft in diesem Sinne wirken und versuchen, wenn möglich auch die Hausangehörigsten: Kutscher, Diener, Pförtner usw., denen ebenfalls meistens Kinderlosigkeit zur Anstellungsbedingung gemacht wird, für die Bewegung zu deren Abschaffung zu gewinnen. Diesen Bestrebungen kann die übrige organisierte Arbeiterschaft nur den besten Erfolg wünschen.

**Die Nachteile des Borgens.** In einem mitteldeutschen Bezirke sind Feststellungen darüber gemacht, wieviel Familien in den letzten zwei Jahren gepfändet worden sind. Es ergab sich das überraschende Resultat, daß von 3200 vorbandenten Familien allein 556 durch den Gerichtsvollzieher wegen rückständiger Forderungen für Lebensmittel und Kleidung gepfändet wurden. Das sind 20 Proz. aller vorhandenen Familien. Die Feststellungen wurden auch darauf ausgebeutet, wie oft die Pfändungen in den einzelnen Familien in dem vorgenannten Zeitraum erfolgten. Auch da ergibt sich eine geradezu abnorm hohe Zahl von Pfändungen, die auf die einzelnen Familien entfällt. Die Feststellungen sprechen wirklich eine vernünftliche Sprache. Das Fazit ist folgendes: Erst feure und oft schlechte Ware; ist die Einzahlung der eingegangenen Verpflichtungen nicht möglich, Gerichtskosten und sonstige Verschreibungen, wodurch

die Ware noch um einige hundert Prozent teurer wird. Wie legensreich könnte hier ein Konsumereien wirken, wenn den Konsumenten die Augen geöffnet würden! Daß auch die Gewerkschaften an der Befreiung des Abels lebhaft interessiert sind, liegt auf der Hand. Der in Schuld knechtenschaft geratene Arbeiter ist ein unzuverlässiger Soldat im gewerkschaftlichen Kampfe.

**Renabilitätsstatistik der Aktiengesellschaften.** In den Monaten August 1914 bis einschließlich März 1915 haben insgesamt 2224 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapitale von 7025,79 Millionen Mark ihre Geschäftsabschlüsse veröffentlicht. Die nämlichen Gesellschaften hatten das Jahr zuvor ein Aktienkapital von 6935,49 Millionen Mark. Auf dieses Kapital wurden nach den letzten Abschlüssen 455,84 Millionen Mark Dividende verteilt oder 6,49 Proz., während das Jahr zuvor 598,90 Millionen Mark oder 8,63 Proz. ausgeschüttet worden waren. Das Weniger der Dividende, das sich hauptsächlich aus den Einwirkungen des Krieges ergibt, beträgt 143,06 Millionen Mark oder 2,14 Proz. des Aktienkapitals. Dieser Rückgang ist natürlich für die Aktienbesitzer ziemlich empfindlich, aber in Anbetracht der gegenwärtigen Lage doch immerhin noch recht erträglich. Hat sich doch die innere finanzielle Kraft der meisten Aktiengesellschaften durch die neuesten Abschlüsse nicht etwa verschlechtert, sondern infolge von größeren Umschreibungen und besonderen Rückstellungen eher etwas verbessert. Dazu kommt, daß die Arbeitsgelegenheit und damit das Einkommen und der Gewinn der gewerblichen Großbetriebe bei einem sehr großen Prozentanteile sämtlicher Gesellschaften nicht oder nur wenig nachgelassen, daß bei nicht wenigen sogar eine Verbesserung in dieser Beziehung eingetreten ist. Die Ausschüttung der Dividende ist mit Rücksicht auf eine noch längere Dauer des Krieges so vorgenommen worden, daß auch für das nächste Jahr noch Rücklagen vorhanden sind, die beim Geschäftsabschlusse herangezogen werden können. Außerdem kommt hinzu, daß das Weniger an Dividende in den Abschlüssen der Monate Februar und März wesentlich geringer worden ist. Es macht sich die Einwirkung der Gewinne aus den Kriegslieferungen bemerkbar, freilich nicht in dem Umfang und Maße, wie dies vielfach angenommen wird, wenn man einzelne Abschlüsse verallgemeinert. Immerhin ist aber die Wirkung dieser Gewinne noch stark genug und unmerkbar. Die Abschlüsse der Gesellschaften in den einzelnen Kriegsmoaten ergeben nämlich folgendes Bild:

Monat	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in Millionen Mark		Dividende in Proz.	
		1913/14	1912/13	1913/14	1912/13
August 1914	82	103,86	4,67	4,68	
September	113	265,47	6,55	4,84	
Oktober	223	525,51	7,59	5,19	
November	237	928,59	9,62	5,98	
Dezember	552	1964,31	9,34	6,88	
Januar 1915	229	527,98	8,84	6,44	
Februar	206	341,94	7,76	5,91	
März	582	2368,13	8,39	7,00	

Stellt man für die Abschlüsse der einzelnen Monate die Abweichung zwischen der vorletzten und diesmaligen Dividende fest, so erhalten wir folgende Differenzen:

August	September	Oktober	November
+ 0,01	- 1,71	- 2,40	- 3,64
Dezember	Januar	Februar	März
- 2,46	- 2,40	- 1,85	- 1,99

Im August machte sich die Wirkung des Krieges überhaupt noch nicht bemerkbar, vielmehr ergab sich hier noch ein ganz geringes Mehr. Im September lebte dann aber der Rückgang ein und steigerte sich bis auf 3,64 Proz. im November. Aber schon der Januar mit seinem hohen Aktienkapitale von fast 2 Milliarden Mark brachte schon wieder eine Verminderung der Differenz. Diese günstige Bewegung hielt dann weiterhin an, so daß der Rückgang in den Monaten Februar und März schon wieder unter dem Gesamtdurchschnitt der ersten acht Kriegsmoate blieb. Das besonders hohe Aktienkapital der Monate März mit 2,37 Milliarden Mark brachte nur eine um 1,39 Proz. geringere Dividende als im Vorjahre. Das sind Ergebnisse, auf die man im Hinblick auf die Rentabilität der Aktiengesellschaften in andern Ländern mit Besriedigung hinweisen darf und die ebenfalls ein deutliches Zeichen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes sind.

**Einfluß des Krieges auf die holländischen Gewerkschaften.** Nach neueren Berichten haben sich die holländischen Gewerkschaften während der bisherigen Kriegszeit, die auch für die Niederlande die schlimmste wirtschaftliche Depression darstellte, die das Land je traf, nicht nur vollständig in ihrer Mitgliederzahl gehalten, sondern diese ist sogar nach einem anfänglichen kleinen Rückgang wiederum gestiegen. Vom 1. Oktober bis zum 1. April hob sich die Zahl von 88 781 auf 89 634, gewiß ein Zeichen von der großen inneren Festigkeit der Organisation. Der Fortschritt ist um so bemerkenswerter, da die Arbeitslosigkeit noch immer sehr groß ist. Von 88 784 Mitgliedern waren am 1. April 11 874 ganz und 4852 teilweise arbeitslos. Dabei sind ungefähr 14 Proz. der Mitglieder als Mobilisierte unter den Waffen.

**Finanzverfälschung in Norwegen.** Die norwegische Volksvertretung hat unlängst ein Kinematographengesetz angenommen, das für die Zukunft der dortigen Lichtspielbühnen geradezu unwirksam wirken dürfte. Nach diesem Gesetze laufen nämlich die Konzessionen der Kinoscheiter sämtlich von 1916 ab zu Ende, und es können nach diesem Zeitpunkt die Gemeinden nach Gutdünken darüber entscheiden, ob sie die Konzessionen erneuern oder ob sie die Kinoscheiter in eignen Betrieben nehmen wollen. Eine Anzahl von kleineren norwegischen Städten, wie z. B. Bardø, Tromsø, Frederikshald und Hofodden, haben bereits den

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingehummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 58 — Leipzig, den 22. Mai 1915

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## (Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Entschluß gefaßt, ihre Kinos zu verstaatlichen, und nun beginnen auch die großen Städte des Landes der Frage näherzutreten. Eine politische Parteifrage ist es nicht, denn während der Antrag zur Übernahme der Lichtspielstätten in städtischen Betrieb in Kristiania von den Sozialdemokraten gestellt worden ist, hat in Dronheim der der rechten Partei angehörende Bürgermeister selbst der Stadtverteilung den Vorschlag gemacht, die dortigen Kinos zu verstaatlichen. Als maßgebend hierfür bezeichnet er vor allem die pädagogische Wichtigkeit der Kinos; Bürgermeister Bauck hält es für Pflicht der Stadt, im Interesse der heranwachsenden Jugend die Kontrolle über die Darbietungen der Kinobühnen in die Hand zu bekommen. Es besteht die fernere Wahrscheinlichkeit, daß die Übernahme der Kinobühnen in städtische Verwaltung einen ansehnlichen Überschub ergeben dürfte. Um den bisherigen Unternehmungen gegenüber unnötige Härten zu vermeiden, soll der städtische Betrieb der Kinobühnen in Dronheim erst mit dem Jahre 1918 in Kraft treten. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß sich wegen die Pläne auf Verstaatlichung der Kinobühnen in Norwegen ein lebhafter Widerspruch regt, so besonders in Kristiania. Jedenfalls ist die norwegische Kinogesehgebung ein Vorgang von großem Interesse, der auch bei uns wohl beachtet zu werden verdient.

**Geschäftsabläufe der deutschen Banken.** Das Grundkapital der als Aktiengesellschaften arbeitenden deutschen Banken einschließlich der Versicherungsgesellschaften betrug nach dem Stande vom Jahre 1914 rund 4,30 Milliarden Mark. Im ganzen stellte sich die Zahl dieser Aktiengesellschaften auf 494. Von diesen Banken haben in den Monaten Januar bis einschließlich März 1915 mit einem Grundkapitale von 1,50 Milliarden Mark ihre Geschäftsabläufe für das vergangene Jahr veröffentlicht. Man wird aus der Bewegung der Abschreibungen, des Reingewinns und der Dividenden dieser Banken einen Rückblick auf die Ertragsfähigkeit der deutschen Banken überhaupt machen dürfen. Unter den 170 Banken befinden sich 28 Hypothekendarlehenbanken mit einem Grundkapitale von 548,05 Millionen Mark, 72 Kreditbanken, von denen jede über eine Million Mark Aktienkapital hat, mit 906,45 Millionen Grundkapital, 55 kleinere Kreditbanken mit 15,25 Millionen Mark Kapital und 15 Versicherungsgesellschaften mit einem Aktienkapitale von 27,10 Millionen Mark. Diese Banken machten nach dem letzten Geschäftsabschluss in Höhe von 18,27 Millionen Mark Abschreibungen, gegen nur 6,12 Millionen im Jahre zuvor, und zwar gestalteten sich die Abschreibungen bei den verschiedenen Gruppen wie folgt in Millionen Mark:

	1913	1914
Hypothekendarlehenbanken	0,23	0,28
Banken mit mehr als 1 Million Mark Kapital	5,26	17,69
Banken mit weniger als 1 Million Mark Kapital	0,25	0,20
Versicherungsgesellschaften	0,38	0,10

Sier fällt das Mehr von fast 12 1/2 Millionen Mark bei den großen Kreditbanken besonders auf. Bei den andern Kreditbanken sind die Abschreibungen kleiner als im Vorjahr, ebenso bei den Versicherungsgesellschaften, während die Hypothekendarlehenbanken wieder ein Mehr aufweisen. Was nun den Reingewinnüberschub, d. h. den Reingewinn abzüglich der Verluste betrifft, so stellte er sich für alle Banken nach den Ziffern der Bilanzen auf 160,21 Millionen Mark für das Jahr 1914, während er sich für das Jahr zuvor auf 190,69 Millionen gestellt hatte. Das ist eine Abnahme von 30,48 Millionen Mark. Seht man den Reingewinnüberschub in Beziehung auf das Aktienkapital, so macht er für 1914 10,57 Proz. aus, gegen 12,23 im Jahre 1913. Der Rückgang beträgt 1,66 Proz. des berücksichtigten Aktienkapitals. Auf die einzelnen Bankgruppen verteilt sich der absolute Reingewinnüberschub wie folgt in Millionen Mark:

	1913	1914
Hypothekendarlehenbanken	76,36	72,20
Banken mit mehr als 1 Million Mark Kapital	94,29	70,41
Banken mit weniger als 1 Million Mark Kapital	3,07	2,62
Versicherungsgesellschaften	16,97	14,98

Die großen Banken haben ein Weniger von fast 24 Millionen Mark aufzuweisen. Aus dem Reingewinn erfolgte die Verteilung der Dividende, die für alle Banken zusammen 101,84 Millionen Mark ausmachte, gegen 121,57 Millionen im Vorjahr. In Prozent des Aktienkapitals stellt sich die Dividende auf 6,8 Proz., gegen 7,9 für das Jahr 1913. Das ist ein Rückgang von 1,1 Proz. Bei den einzelnen Gruppen stellt sie sich in Prozent des Aktienkapitals wie folgt:

	1913	1914	Differenz
Hypothekendarlehenbanken	8,8	8,3	- 0,5
Banken mit mehr als 1 Million Mark Kapital	6,8	5,4	- 1,4
Banken mit weniger als 1 Million Mark Kapital	8,5	7,7	- 0,8
Versicherungsgesellschaften	26,6	21,7	- 4,9

Absolut ist der Rückgang bei den Versicherungsgesellschaften am größten, die aber trotzdem noch immer 21,7 Proz. aufweisen. Dann folgen die großen Kreditbanken mit einem Weniger von 1,4 Proz. — die absolute Dividende sank hier von 64,98 auf 49,00 Millionen Mark. Die kleineren Banken gelien nur ein Weniger von 0,8 Proz., und die Hypothekendarlehenbanken endlich haben nur eine Verminderung ihrer Dividende um ein halbes Prozent zu verzeichnen.

## Verschiedene Gänge.

**„Deutscher Buch- und Steindruckere.“** Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Beilage „Graphische Fertigkeiten“. Herausgeber: Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Demeuwitzstraße 19. Heft 7. 21. Jahrgang. Preis 1 Mk., Jahrgang 8,75 Mk.

**„Nordisch Bohrtrecker Konst.“** Zeitschrift für Buchindustrie, Buchgeschichte, Buchkunst und Reklamewesen. Heft 4. 1915. Herausgegeben unter der Leitung von Hugo Lagerström in Stockholm. Bezugspreis jährlich 11,20 Mk. Tarifverträge des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Jahre 1914. Herausgegeben vom Verbandsvorstande durch die Verlagsanstalt des Verbandes in Berlin.

**„Reichs-Staatsangehörigkeitsgesetz vom 1. Januar 1914.“** Mit Erläuterungen und Hilfsmitteln zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechts. Bearbeitet von Karl Schröder. Preis 30 Pf. Zu beziehen durch den Verlag des Bezirksvorstandes der sozialdemokratischen Partei Leipzigs.

**„Bodenreform.“** Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jedem Monats. Nr. 9. 26. Jahrgang.

**„Der Naturarat.“** Nr. 4 und 5. 43. Jahrgang. Die Schrift erscheint am 1. jeden Monats und kostet jährlich 3 Mk., Einzelheft 30 Pf. Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Kalleische Straße 20.

**„Weltkrieg und Sozialdemokratie.“** Von Hermann Wendel, Mitglied des Reichstages. 32 Seiten Oktav. Preis 30 Pf. Verlag von Kaden & Ko. in Dresden.

**„Die Neue Zeit“,** Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. F. W. Dieck Nachf. in Stuttgart. Nr. 5-7. 33. Jahrgang. 1. Band. Preis 25 Pf. pro Nummer, vierteljährlich 3,25 Mk.

**„Mächte des Weltkriegs“** (Österreich-Ungarn). Herausgegeben vom Vordrucktverlag in Berlin. Der Broschüre ist eine Karte Österreich-Ungarns und der angrenzenden Bezirke beigegeben. Der Preis beträgt 75 Pf. Die Vereinsausgabe kostet 30 Pf. Vorrätig halten die Schrift alle Buchhandlungen. In diesen sind auch die früher erschienenen Hefte dieser Serie (Das Sarenreich, Türkei und Ägypten) zum gleichen Preise zu haben.

## Gestorben.

In Alfersleben am 15. Mai der Korrektor Artur Giesecke aus Weihenborn i. Sa., 36 Jahre alt — an den Folgen einer Operation.

In Berlin am 25. April der Seher Andreas Lamparatz aus Schöneke, 39 Jahre alt — Darmtuberkulose; am 26. April der Seherinvalide Karl Kiehebusch aus Trebitz, 56 Jahre alt — Herz- und Nierenleiden; am 27. April der Seher Karl Herholz aus Wittenberg, 67 Jahre alt — Blasenkatarrh; am 8. Mai der Seher Karl Kapitza aus Berlin, 51 Jahre alt — Gehirnschlag.

In Bohnitz am 7. Mai der Drucker Max Panowitz.

In Brinn am 3. Mai der Seher Franz Heinz, 73 Jahre alt.

In Duisburg der Seher Albert Korff aus Starogard i. Pommern, 40 Jahre alt — Tod durch Ertrinken.

In Kottbus am 17. Mai der Korrektor Karl Tinius aus Spremberg, 27 Jahre alt — Herzschlag.

In Leipzig am 14. Mai der Seherinvalide Emil Mühlberg aus Merkwitz, 57 Jahre alt — Lungentuberkulose.

In Ludwigsburg am 17. Mai der Seherinvalide Ernst Mangold, 42 Jahre alt.

In Mainz am 16. Mai der Seher Gustav Hartnach aus Kassel, 65 Jahre alt.

In München am 13. Januar der Seher Anton van Bürk aus Kleve, 57 Jahre alt; am 12. April der Buchdruckermeister Sebastian Maier, 65 Jahre alt; am 15. April der Seher Joseph Mayr, 35 Jahre alt; am 18. April der Seher Joseph Riffner, 62 Jahre alt; am 28. April der Seher Max Müller, 29 Jahre alt; am 16. Mai der Korrektor Karl Beringer aus Nürnberg, 46 Jahre alt.

In Pustke b. Prag am 26. April der Drucker Karl Kubat, 25 Jahre alt.

In Prag am 26. April der Invalide Martin Multrus, 66 Jahre alt.

In Raasdor am 10. Mai der Seher Karl Spilka, 42 Jahre alt.

In Strahburg i. Elb. am 4. Mai der Buchdrucker Heinrich Gimmig, 65 1/2 Jahre alt — Hirnschlag; am 6. Mai der Faktor Alwin Seid, 60 Jahre alt.

In Weinheim am 14. Mai der Seher Gustav Adolf Käßke, 21 Jahre alt.

In Wien am 30. April der Seher Friedrich Diebika, 30 Jahre alt; am 4. Mai der Fachschulreifer Felix Solczabek; am 6. Mai der Seher Leopold Herbeck, 35 Jahre alt; an demselben Tage der Seher Alfred Marschalek, 27 Jahre alt. — Auf dem Felde der Ehre gefallen: Karl Moldaschl (S.); Engelbert Feinzig (S.); Emil Jäger (Dr.); Joseph Slama (S.).

## Briefkasten.

S. Du. in N.: Wir haben die Notiz der Köchlichen Tagespresse entnommen, und zwar in der Hauptsache so, wie sie im „Korr.“ steht. Die Stelle, die die Verfügung erlassen hat, ist dabei nicht angegeben. Die Frage scheint demnach nicht einheitlich geregelt zu sein. In Leipzig selbst wird die Verfügung jedoch als maßgebend betrachtet und danach gehandelt. — F. S. in Eberswalde: 1. Nein, kostenlos. 2. Senden Sie das Angebotene einmal zur Prüfung ein. 3. Der Irrtum des Schriftführers sei auf Ihren Wunsch dahin richtiggestellt, daß die Firma Vincent (Prenzlau) an Familienunterstützung 6 Mk. und pro Kind 1 Mk. wöchentlich leistet. — A. S. aus W., R. Sch., P. A. und F. S. aus L.: Die freundlichen Pfingstgrüße von allen Fronten und einem Truppenübungsplatz erwidern wir bestens. Glückliche Heimkehr! — P. B., M. U. und M. B.: Gute Segnungen nach dem „Korr.“ soll gestickt werden. Kollegen Grub! — S. Sch. in München: 2,60 Mk. — E. A. in Strabburg: 3,05 Mk. — M. U. in Landsbut: 2 Mk. — G. S. in Meh.: 2,45 Mk. — L. M. in Sandstut: 1,55 Mk. — S. N. in Bremen: 3,65 Mk. — R. U. in Kottbus: 2,60 Mk. — E. Sch. in Ludwigsburg: 2 Mk. — W. J. in Bremen: 2,90 Mk. — A. S. in Burg: 2,30 Mk. — M. W. in Lüneburg: 2 Mk.

## Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schmaltestraße 5 II.  
Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 191.

## Adressenveränderungen.

Hertern i. Thür. Die Geschäfte des Ortsvereins besorgt bis auf weiteres Kollege Ernst Naake, Weidenbergstraße 5.

Neumünster. Wegen Fortzugs des jetzigen Kassierers sind alle Geldhebungen in der Folge an den Kollegen F. Dahm, Kasernenstraße 18, zu richten.

## Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):

Im Gau Mittelrhein i. der Drucker Joseph Firner, geb. in Schwab.-Gmünd 1896, ausgel. das. 1914; 2. der Seher Hermann Streicher, geb. in Wingerhausen (Württ.) 1896, ausgel. in Großbottwar 1914; waren noch nicht Mitglieder. — Heinrich Fuhs in Mannheim, Poggstr. 8.

Im Gau Nordwest der Seher Heinrich Weiser, geb. in Bremen 1893, ausgel. in Hannover 1914; war noch nicht Mitglied. — S. Dieka in Bremen, Hardenbergstraße 52.

Im Gau Rheinland-Westfalen die Seher 1. Richard Drewanz, geb. in Doderlage (Kreis Deutsch-Krone, Westpreußen) 1878, ausgel. in Schneidemühl 1895; 2. Rudolf Vogt, geb. in Grenzhausen 1894, ausgel. in Söhr 1914. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.

Im Gau Schleswig-Holstein die Seher 1. Fritz Schröder, geb. in Hamburg 1896, ausgel. das. 1915; 2. Walter Spielmann, geb. in Hamburg 1897, ausgel. das. 1915; 3. der Schweizerdegen Ernst Weidemann, geb. in Hamburg 1896, ausgel. in Lunden 1915; waren noch nicht Mitglieder. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34.

Im Gau Württemberg der Seher Karl Best, geb. in Laß 1890, ausgel. das. 1908; war schon Mitglied. — G. Klein in Stuttgart, Heufelgstraße 54.

## Arbeitslosenunterstützung.

Beuthen (O.-Schl.). Abhanden gekommen ist dem Seher Franz Drachok aus Beuthen-Rohberg das Zulassungsbuch (Sauptbuchnummer 62000).

Gießen. Die in Nr. 55 des „Korr.“ veröffentlichte Miththeilungserklärung des Verbandesbuches des Druckers Wilhelm Wurb (Sauptbuchnummer 56292 [Frankfurt-Sessen 2636]) wird hiermit widerrufen, da sich das Buch wiedergefunden hat. Das neu ausgestellte Buch (Frankfurt-Sessen 2638) wird für ungültig erklärt.

## Veranstaltungskalender.

16. Korr. Korrespondentversammlung Sonntag, den 26. Mai, abends 9 Uhr, bei Dünwald, Herbergstraße.

